

Afrikas Probleme in Afrika lösen?

Europa weitet sich nach Osten. Gelten die Versprechungen einer „Union der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ auch für Flüchtlinge, die in den neuen Mitgliedsländern gestrandet sind? Wohl kaum. „Europa macht dicht!“ klagt Pro Asyl. Auch nach innen: In Polen landet jeder, der die Grenze illegal überschreitet, in speziellen Internierungslagern. In Ungarn erfährt die Bereitschaft aufmerksamer Bürger, schutzsuchende Eindringlinge zu denunzieren, lukrative staatliche Anreize. Erwischte illegale Grenzgänger müssen dort, wie auch in Tschechien, auf dem Absatz kehrt machen. Aber auch der Blick über die Schultern gestandener Unionsmitglieder macht schaudern: In Deutschland hat die große Koalition die erhoffte gesetzliche Härtefallregelung bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Der Europarat mahnt, in Dänemark habe „die Behördenpraxis die Grenze zur Menschenrechtsverletzung überschritten“. Und in Italien werden mit den Flüchtlingen ihre humanitären Lebensretter gleich mit eingeknastet.

Letzteres erfährt das demonstrative Wohlwollen des Bundesinnenministers. Den stören längst im Mittelmeer umherirrende Flüchtlingsschaluppen. Nicht so sehr wegen der für Betroffene bestehenden Risiken. Zu hoch sei die Zahl derer, die es an südeuropäische Gestade schaffen. Deren Hoffnungen sollen künftig schon in maghrebinischem Wüstensand erstickt werden. „Afrikas Probleme in Afrika lösen!“ fordert Otto Schily und schickt sich an, künftig mit berüchtigten nordafrikanischen Folterknechten bei der Lagerhaltung von Menschen zu kollaborieren. Überlebenshungrige und eine bessere Zukunft Suchende sollen möglichst schon eingesperrt werden, bevor es ihnen gelingt, den Wassergraben der Festung Europa zu überwinden. Vorläufig soll die neu gegründete Grenzschutzagentur der Europäischen Union auf Flüchtlingsdramen im Mittelmeer reagieren und die Flüchtlingsabwehr der europäischen Länder koordinieren. Forderungen, stattdessen die Entwicklungshilfe zu erhöhen, bleiben ungehört.

Die Gründe afrikanischer Menschen, den Problemen ihres Kontinents durch Flucht zu entkommen, nehmen derweil zu. In den vergangenen Wochen sind Billionen Heuschrecken in den Ländern Algerien, Marokko, Libyen, Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso, und Senegal eingefallen und vernichten die Ernte und damit die Lebensgrundlagen der Menschen. Die UN-Agrarorganisation FAO hat 10 Mio. \$ zur Bekämpfung der verfluchten Tiere eingeworben, das sind drei Prozent des von Experten geschätzten Mindestbedarfes. Derweil leistet UNDP, die Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen, einen anderen Offenbarungseid: Bei der Verringerung des Hungers und der Kindersterblichkeit in Afrika wurden die selbstgesteckten „Millenniumziele“ drastisch verfehlt. Dafür macht der Wirtschafts- und Sozialrat der UN Handelsbarrieren, niedrige Rohstoffpreise und die steigende Verschuldung der armen bei den reichen Ländern verantwortlich. Jeder Zweite trinkt in Afrika verunreinigtes Wasser. Allein dies zu ändern, bedürfte jährlich 30 Mio. Dollar. Aber auch afrikanische Regierungen investieren lieber in die Terror-, als in die Armutsbekämpfung: Burundi verbraucht 7,6%, Liberia 7,5%, Äthiopien 5,2%, Eritrea sogar 23,5% des Sozialprodukts für Waffenkäufe. Die Folgen: ethnische Säuberungen im sudanesischen Darfur, der Krieg der Kinder in Norduganda, Pogrome in Nigeria, das endlose Morden in der D.R. Kongo ... Wer das überlebt hat, dem droht ein anderer Feind. Allein in Ländern südlich der Sahara sind 25 Mio. Menschen HIV positiv. Laut Human Development Index sinkt die Lebenserwartung dort daraufhin dramatisch.

Doch auch diejenigen, die es ins vermeintlich sichere europäische Exil geschafft haben, können sich nicht sicher wähnen. Die Kieler Innenministerkonferenz hat einmal mehr klargestellt: So schlimm können der Terror im Irak, die Pogrome im Kosovo, die Folter in Tschetschenien oder die Lage im Landminen-verseuchten Afghanistan gar nicht sein, dass die Rückkehr der Flüchtlinge dorthin nicht zumutbar wäre. Die Forderung nach einer großzügigen Bleiberechtsregelung bleibt also auch zur Herbst-IMK in Lübeck en vogue.

Hier die guten Nachrichten: Ein wackerer Freiburger Richter verurteilt die Hamburger Unsitte des amtlichen Ältermachens von Kinderflüchtlingen. Im schleswig-holsteinischen Langwedel hat sich der Vormundschaftsverein für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gegründet und hofft auf Unterstützung. Die nordelbische Kirche gibt ihren Gemeinden ein Papier mit Empfehlungen zum „Kirchenasyl“ an die Hand. Und der Kieler Innenminister verspricht: „Das Land respektiert das Hausrecht der Kirche.“

Martin Link, Kiel 14.8.2004

Der Schlepper erscheint vierteljährlich als Rundbrief des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V. Für Vereinsmitglieder ist Der Schlepper kostenlos. Nichtmitglieder können ihn für 16,50 EURO jährlich abonnieren. – Angebote zur Mitarbeit sind erwünscht. Beiträge bitte möglichst auf Diskette oder per e-mail zusenden. Eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wider.

Redaktion: Martin Link (v.i.S.d.P.), Bernhard Karimi

Druck: hansadruck, Kiel

Fotos in diesem Heft: El-Khatib: Titelfoto; Mühlhaus/attenzione: S.4, 5, 6, 8, 24, 26, 27; Karimi: S.7; Nuguid: S.12; Pomrehn: S.17, 18, 22; Pohl: S.35, 49; Taremi: S.41; amnesty/magnum: S.42

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., Oldenburger Str. 25, D-24143 Kiel, Tel.: 0431-735000 Fax: 0431-736077, e-mail: office@frsh.de, Internet: www.frsh.de

Der Schlepper online im Internet: www.frsh.de/schlepp.htm

Regelmäßige Informationen und Austauschforum zu flüchtlingspolitischen und Migrationsthemen in der „Mailingliste Schleswig-Holstein“: www.frsh.de/ml_main.html

Bankverbindung: Flüchtlingsrat S.-H., EDG Kiel, KtoNr.: 152 870, BLZ: 210 602 37

gefördert durch den Europäischen Flüchtlingsfonds, BingoLotto! und PRO ASYL

PRO ASYL

